

Positionspapier Gleichstellung

SP Stadt Bern

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
1.1 Definition	3
1.2 Gleichstellung in der Stadtpartei.....	3
Gendergerechte Sprache konsequent anwenden.....	3
Paritätische Vertretung von Männern* und Frauen* in allen Organen (Parteileitung, Sektionsvorstände und -präsidien, Delegierte, politische Mandate / Stand Mai 2021)	4
Wahlstrategien, Aufbau von Kandidat*innen	5
1.3. Gleichstellung in der Stadt	5
Errungenschaften der Stadtpartei in Sachen Gleichstellung.....	6
Vereinbarkeit.....	6
Gestaltung öffentlicher Raum	7
Häusliche Gewalt	7
Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann.....	8
2. Fazit und Forderungen	8
2.1 Gleichstellung in der Stadtpartei – Forderungen	9
2.2 Gleichstellung in der Stadt - Forderungen	9
3. Quellenangaben	10
4. Anhang	10

Dieses Positionspapier wurde im Laufe des Jahres 2021 von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Gleichstellung SP Stadt Bern verfasst.

1. Einleitung

Das vorliegende Positionspapier der SP Stadt Bern nimmt ihre Einflussbereiche im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter¹ parteiintern und auf städtischer Ebene unter die Lupe. Innerhalb der Stadtpartei wird die paritätische Vertretung von Männern* und Frauen* in allen Organen analysiert, die Wichtigkeit von gendergerechter Sprache hervorgehoben sowie Wahlstrategien aus Gleichstellungssicht untersucht. Auf städtischer Ebene werden die Errungenschaften der SP Stadt Bern in Sachen Gleichstellung beleuchtet, die Arbeit der städtischen Fachstelle für die Gleichstellung vorgestellt sowie gleichstellungsrelevante Themen aufgegriffen, bei der die Stadt Einfluss nehmen kann (Vereinbarkeit und Gestaltung des öffentlichen Raumes). Aus den verschiedenen Themengebieten werden Forderungen und/oder Massnahmen abgeleitet, mit dem Ziel, die Gleichstellung in der SP und in der Stadt Bern zu fördern. Gleichstellung

1.1 Definition

Die Gleichstellung der Geschlechter ist in der Schweiz seit 1981 in der Bundesverfassung verankert; das Gleichstellungsgesetz trat 1996 in Kraft. Die tatsächliche Gleichstellung ist jedoch selbst 25 Jahre später noch lange nicht erreicht: Frauen* leisten beispielsweise nach wie vor einen Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit und verdienen aufgrund ihres Geschlechts weniger als Männer*. Die SP Schweiz setzt sich seit jeher für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter ein. Auch die SP Stadt Bern ist bestrebt, die tatsächliche Gleichstellung auf städtischer Ebene umzusetzen und sie in der Stadtpartei entsprechend vorzuleben.

In Anlehnung an das Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie (SP Schweiz 2017) definiert die SP Stadt Bern Gleichstellung als Gleichstellung aller Geschlechter. Ziel ist es, für die Gleichstellung aller Geschlechter einzustehen und eine Vielfältigkeit der Geschlechter und der sexuellen Identitäten zu ermöglichen: „Jeder Mensch sollte die Freiheit haben, sich in jedem Geschlecht, mehreren Geschlechtern oder auch in keinem Geschlecht zu finden“ (SP Schweiz 2017).

1.2 Gleichstellung in der Stadtpartei

Die Gleichstellung ist in Art. 1 (Zweck) der Statuten der SP Stadt Bern enthalten: „Sie kämpft mit allen rechtlichen und politischen Mitteln für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen“ (Art. 1 Abs. 4 bst. g). Vor dem Hintergrund der erwähnten Vielfältigkeit der Geschlechter und sexuellen Identitäten ist es angezeigt, die aktuelle Formulierung zu überprüfen.

In Art. 4 zu den Organen der SP Stadt Bern ist explizit festgehalten, dass sie für eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern in den Gremien und der Parteivertretungen gegen Aussen sorgt.

Gendergerechte Sprache konsequent anwenden

Sprache hat eine grosse gesellschaftliche Macht: «Sprache ist kein blosses Kommunikationsmittel, das auf neutrale Weise Informationen transportiert. Sprache ist immer eine konkrete Handlung. Über Sprache wird Wirklichkeit geschaffen.» (AG Feministische Sprachhandeln der Humboldt-Universität in Ber-

¹ Das Positionspapier fokussiert primär auf die Gleichstellung der Geschlechter und diesbezüglich insbesondere auf die Gleichstellung zwischen Mann* und Frau*. Selbstredend setzt sich die SP ebenso für die Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen, die Gleichstellung zwischen den Generationen sowie der Gleichstellung von Menschen der LGBTIQ-Community ein.

lin 2014 / 2015, 7). Sprache produziert Wirklichkeiten, festigt soziale Verhältnisse und bildet die Gesellschaft insgesamt ab. Die logische Folgerung daraus ist die absolute Notwendigkeit der gleichberechtigten Repräsentation aller Geschlechter im Sprachgebrauch. Mit einer geschlechtergerechten Sprache werden Frauen* explizit angesprochen, sichtbar gemacht und damit ins Bewusstsein gerückt. Langfristig kann geschlechtergerechte Sprache gesellschaftliche Änderungen fördern. Ausserdem benennen geschlechtergerechte Texte klar und eindeutig, was tatsächlich gemeint ist.

Angelehnt an die Forderung im Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie wird auf der Webseite und bei der schriftlichen und mündlichen Kommunikation innerhalb der Stadtpartei auf eine geschlechtergerechte Sprache geachtet. Ausserdem wird nach Geschlechtsnennungen das Gendersternchen (*) verwendet. Dieses weist auf die Konstruiertheit von Geschlecht hin: «Mann» und «Frau» sind in unserem Verständnis keine naturgegebenen, starren und unmissverständlichen Kategorien, sondern zwei Konstrukte, die jeweils eine grosse Vielfalt an Identitäten umfassen. Das Sternchen macht darauf aufmerksam, dass diese Begriffe alle meinen, die sich damit identifizieren – und dass unser Denken über diese binären Konstrukte hinausgehen muss“ (SP Schweiz 2017).

An der städtischen Delegiertenversammlung vom 25.05.2020 wurde der Antrag der JUSO für die Einführung eines Genderwatch-Protokolls einstimmig angenommen. Das Genderwatch-Protokoll soll dazu dienen, parteiintern zu analysieren, wie sich die Verteilung der Redezeiten zwischen Männern* und Frauen* verhält. Jeweils an der nächsten Delegiertenversammlung wird die Auswertung der letzten Delegiertenversammlung vorgestellt. Dabei wird auf die Anzahl Voten, die Redezeit sowie die geschlechtergerechte Sprache eingegangen. Die bisherigen Auswertungen sind ausgewogen ausgefallen.

Forderungen: Das Genderwatch-Protokoll ist beizubehalten, um weiterhin für die Thematik zu sensibilisieren. Ausserdem wird auf der Webseite und bei der schriftlichen und mündlichen Kommunikation innerhalb der Stadtpartei auf eine geschlechtergerechte Sprache geachtet sowie das Gendersternchen (*) nach Geschlechtsnennungen verwendet.

Paritätische Vertretung von Männern* und Frauen* in allen Organen

(Parteileitung, Sektionsvorstände und -präsidien, Delegierte, politische Mandate / Stand Mai 2021)

Bezüglich Wahlen sind Frauen*- und Männer*listen ein etabliertes Instrument, um den Frauen*anteil bei den politischen Mandaten zu erhöhen. Die SP hat massgeblich dazu beigetragen, dass sich der Frauenanteil bei politischen Mandaten in der Schweiz erhöht hat. Im Grosse Rat ist die SP Stadt Bern aktuell mit 5 Frauen* und 2 Männern* vertreten. In der kommunalen Exekutive stellt die SP zurzeit einen Gemeinderat sowie eine Gemeinderätin. Im gesamten Parlament der Stadt Bern hatten die Frauen* mit 51 Prozent erstmals im Jahr 2017 eine knappe Mehrheit. An den Wahlen vom 29.11.2020 schrieb dann das Berner Stadtparlament mit einem Frauen*anteil von knapp 70 Prozent Geschichte. Für die SP sitzen zurzeit 15 Frauen* und 6 Männer* im Stadtrat, was einem Frauen*anteil von 71 Prozent entspricht. Vor dem Hintergrund, dass die Frauen*mehrheit aus historischer Sicht ein äusserst junges Phänomen ist, ist die Frauen*mehrheit zum aktuellen Zeitpunkt als Erfolg zu werten. Nichtsdestotrotz gilt es die weitere Entwicklung zu beobachten und längerfristig zu diskutieren, welche Listengestaltung bei Wahlen in der Stadt Bern aus Gleichstellungssicht angezeigt ist.

In der Parteileitung sitzen zurzeit sechs Frauen* und vier Männer*, wobei das Co-Präsidium aus zwei Frauen* besteht. Bei den aktuellen Delegierten ist der Frauenanteil 51 Prozent und der Männeranteil 49 Prozent. In den Sektionsvorständen sind die Männer* mit 57 Prozent vertreten gegenüber 43 Prozent Frauen*. Die (Co-)Präsidien sind in den meisten Sektionen paritätisch besetzt, mit Ausnahme von zwei Sektionen, die eine Präsidentin bzw. zwei Co-Präsidentinnen haben. Im Gegensatz zu den politischen

Mandaten zeigt sich somit auf den anderen Parteiebenen eine weniger klare Verteilung². Während bei den Wahlen für die politischen Ämter stark auf eine paritätische Vertretung fokussiert wird, finden entsprechende Überlegungen bei der Besetzung weitere parteiinterner Ämter weniger Beachtung.

Forderungen: Bezüglich der Gleichstellung auf allen Parteiebenen besteht somit noch Potenzial zur Sensibilisierung. Auch bei der Vergabe von parteiinternen Ämtern sollte weiterhin auf eine paritätische Vertretung geachtet werden.

Wahlstrategien, Aufbau von Kandidat*innen

Die SP strebt ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis und eine möglichst hohe Diversität bei der Besetzung von politischen Mandaten an.

Bei den Stadtratswahlen ist die SP in den letzten Jahrzehnten mit einer Liste von 40 Kandidierenden angetreten, die ganz oder nahezu paritätisch besetzt war. Bei den Stadtratswahlen 2020 haben 19 Frauen* und 21 Männer* kandidiert. Bei den Wahlen wurden 21 Personen von der SP-Liste gewählt, genauer 17 Frauen* und 4 Männer*. 4 bisherige Männer* wurden nicht wiedergewählt und 5 neue Frauen* wurden direkt in den Stadtrat gewählt. Auf den ersten 12 Ersatzplätzen³ befinden sich 10 Männer* und 2 Frauen*. Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich das Geschlechterverhältnis bis Ende Legislatur angleichen wird.

In den Wahlen 2020 wurden in der SP (aber auch in anderen Parteien) Frauen* und junge Personen bevorzugt gewählt, wovon die SP-Liste profitieren konnte. Allerdings stellt sich die Frage, wie die Diversität in der SP/JUSO-Fraktion weiterhin gewährleistet werden kann, wenn ältere und männliche Kandidierende gestrichen werden.

Forderungen: Die gemeinsame paritätische Liste von Frauen* und Männern* soll für den Stadtrat weitergeführt werden. Solange ca. die Hälfte der Kandidierenden gewählt wird, garantiert eine gemeinsame paritätische Liste, dass auf den Ersatzplätzen genügend Vertreter*innen des anderen Geschlechts vorhanden sind, um mittelfristig eine paritätische Fraktion zu garantieren.

Um die Parität und Diversität zu fördern, sollen Personen mit geringeren Wahlchancen für freie Mandate in Vorfeldorganisationen (Pro Velo, VCS, MieterInnenverband etc.) aufgestellt werden, um die Sichtbarkeit und die Wahlchancen dieser Personen zu erhöhen.

1.3. Gleichstellung in der Stadt

Der Einflussbereich der SP Stadt Bern beschränkt sich auf die städtische Ebene. So können beispielsweise die Anstellungsbedingungen für städtische Angestellte oder für Unternehmen, mit welchen die Stadt einen Leistungsvertrag unterhält oder welchen sie einen Auftrag erteilt, beeinflusst werden. Dabei kann die öffentliche Hand als Vorbild dienen für progressive Arbeitsbedingungen und Lohngleichheit.

Zudem verfügt die Stadt über eigene städtische Strukturen zur familienergänzenden Kinderbetreuung und regelt auch die privaten Angebote in diesem Bereich zu einem gewissen Teil (gesetzliche Grundlagen sind auch vom Kanton gegeben). Generell hat die Stadt die Möglichkeit mit ihrer Infrastruktur die Gleichstellung von Männern* und Frauen* zu fördern.

² Hier gilt es anzumerken, dass die AG Gleichstellung zurzeit leider ausschliesslich aus Frauen* besteht. Früher gab es eine paritätische Vertretung.

³ In der Legislatur 2016-2020 sind insgesamt 12 Personen auf der SP-Liste nachgerückt.

Errungenschaften der Stadtpartei in Sachen Gleichstellung

Die SP Stadt Bern hat sich verschiedentlich mit Vorstössen für die Gleichstellung in der Stadt Bern eingesetzt.

Die Einführung einer *Geschlechterquote in den Kaderpositionen der Berner Stadtverwaltung und in den Organen der öffentlich-rechtlichen Anstalten der Stadt Bern* geht auf eine Motion der interfraktionellen Frauen*gruppe aus dem Jahr 2011 zurück. Aktuell verlängert wurde die Frist für die Erreichung der Quote bis Mitte 2021. Bis dann soll gemäss Zielsetzung des Gemeinderates im Bereich Gleichstellungscontrolling mindestens eine Quote von 33 Prozent erreicht sein. Die Umsetzung eines Gleichstellungspreises für Stadtberner Privatunternehmen aus derselben Motion setzte der Kanton gemeinsam mit der Stadt in einer Innovationsplattform für 'Good Practice' zu betrieblicher Gleichstellung 2020 um. Mit einem Vorstoss vom 02.07.2015 verlangte die SP-Fraktion einen *längeren Vaterschaftsurlaub*. Im städtischen Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen* und Männern* 2015 bis 2018 wurde vorgesehen, den Vaterschaftsurlaub von ehemals 3 auf 4 Wochen zu erhöhen. Mit der letzten Teilrevision des Personalreglements der Stadt Bern am 16. November 2017 wurde der Vaterschaftsurlaub auf vier Wochen verlängert und für gleichgeschlechtliche Paare und andere Partnerschaftsformen geöffnet. Die Urlaube werden zu 100 Prozent entschädigt.

Ein interfraktionelles Postulat forderte 2017 ein *Pilotprojekt für eine Elternzeit für städtische Angestellte*. Es wurde in der Stadtratssitzung vom 13. Juni 2019 erheblich erklärt. Der Gemeinderat hatte im Rahmen der Revision des Personalreglements einen Elternurlaub vorgesehen. Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse ist zurzeit noch offen, wann und in welcher Form ein Elternurlaub umgesetzt wird. Zurzeit befinden sich verschiedene Vorstösse zu Gleichstellungsthemen in Arbeit; eine Liste mit den entsprechenden Vorstössen befindet sich im Anhang.

Die SP-Fraktion besteht also – auch in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen – immer wieder auf die Umsetzung der tatsächlichen Gleichstellung auf Stadtebene und strebt konsequent Verbesserungen in diesem Bereich an.

Forderungen: Die SP-Fraktion prüft ihre Vorstösse vor Einreichung systematisch auf Auswirkungen auf die Gleichstellung und fördert die Gleichstellung in der Stadt Bern mit entsprechenden Vorstössen.

Vereinbarkeit

Die SP Stadt Bern setzt sich für eine gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit und die wirtschaftliche Absicherung von Familien ein. Auf städtischer Ebene kann dafür insbesondere dadurch ein Beitrag geleistet werden, indem ein breites und qualitativ gutes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt wird. Dazu gehören insbesondere bezahlbare und ausreichend vorhandene Plätze in Kindertagesstätten.

Forderungen: Es ist die Einführung von Kindertagesstätten zu prüfen, die Randzeiten sowie Wochenend- und Feiertage abdecken – dies im Hinblick auf Eltern, deren Arbeitszeiten von den regulären Kita-Öffnungszeiten abweichen. Für die Betreuung von Kindern im Schulalter ist das Angebot an Ganztageschulen auszubauen. Es ist auf eine hohe Betreuungsqualität sowie gute Arbeitsbedingungen für die Angestellten zu achten. Bei Bauprojekten von Schulen sind die Infrastruktur-Anforderungen einer Tagesschule von Beginn an konsequent mitzudenken. Darüber hinaus sind in Zusammenarbeit mit den anderen Parteiebenen wichtige Themen wie etwa Elternurlaub, Reduktion der Arbeitszeit, Familienergänzungsleistungen oder Kindergutschriften voranzutreiben. Auch in diesem Zusammenhang soll die Ferienbetreuung gefördert werden.

Gestaltung öffentlicher Raum

Die SP Bern will eine Stadt für alle statt für wenige verwirklichen. Das bedeutet, dass die Raumplanung die Anliegen aller Bewohner*innen berücksichtigt. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt sich die SP Stadt Bern dafür ein, dass bei der Planung und Gestaltung des öffentlichen Raums und bei Bauvorhaben konsequent das Prinzip des Gender-Mainstreamings angewandt wird. Dieses berücksichtigt die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Menschen aller Geschlechter bei allen gesellschaftlichen Entscheidungen. Gender Mainstreaming hat zum Ziel, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen* und von Männern* zu erreichen. In der Planung des öffentlichen Raums werden dabei der öffentliche Verkehr, Parkanlagen, Spielplätze, Friedhöfe und Quartierplätze möglichst so gestaltet, dass sie barrierefrei, gut erschlossen, vernetzt und bedarfsgerecht interpretier- und nutzbar sind.

Studien zeigen, dass Orte von Frauen* und Männern* unterschiedlich genutzt werden und dass Menschen unterschiedliche Bedürfnisse an öffentliche Orte haben. So nutzen Frauen* den öffentlichen Nahverkehr beispielsweise häufiger, weil sie statistisch gesehen mehr Wege haben und seltener ein eigenes Auto. Frauen* legen ausserdem viel mehr Strecken zu Fuss zurück als Männer*. Das Auto bzw. die Strasse dafür ist in vielen Städten aber durch eine lange Zeit männlich geprägte Stadtplanung nach wie vor priorisiert. Die Stadt Wien, die Gender Mainstreaming seit Jahren in der Stadt- und Wohnraumplanung anwendet, startete Anfang der Nullerjahre ein Modellprojekt: In einem sehr dicht besiedeltem innerstädtischen Wiener Bezirk wurden die Trottoirs verbreitert, Rampen für Kinderwagen und Velos installiert, die Beleuchtung verbessert sowie für sichtbare Strassenübergänge gesorgt. Diese Umgestaltungen führten zu einem weitreichenden Wandel: heute wird in Wien die Mehrheit aller umweltverträglichen Wege zu Fuss zurückgelegt (Nickel 2021).

2006 wurde in Bern das Projekt Lares ins Leben gerufen – getragen unter anderem auch von der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern. Daraus wurde 2013 ein Verein, der „sich für einen Kulturwandel im Planen und Bauen einsetzt, damit die Bedürfnisse aller Nutzer*innen selbstverständlich berücksichtigt werden.“ (lares.ch). Seit 2013 unterstützen Lares-Fachpersonen schweizweit Bau- und Projektträgerschaften beim gender- und alltagsgerechten Planen und Bauen – in der Stadt Bern beispielsweise die Umgestaltung des Helvetiaplatzes oder die Planung des Viererfelds.

Die Gestaltung des öffentlichen Raums kann mit verschiedenen Massnahmen auch die Sicherheit erhöhen. Übersichtliche Wege und Passagen, gut beleuchtete und belebte Orte tragen dazu bei, dass sich Berner*innen sicher durch die Stadt bewegen können. Dies wiederum kann dazu beitragen, dass die sexuelle und sexistische Belästigung im öffentlichen Raum abnimmt.

Forderungen: Die SP Stadt Bern spricht sich für eine konsequente Einbringung des Gender-Mainstreamings in die Verwaltung aus, insbesondere in Bezug auf die Gestaltung des öffentlichen Raums. Sie befürwortet die Unterstützung des Verein Lares bei der Umsetzung von Projekten der Stadt und setzt sich ein für Massnahmen, die wirksam sind gegen die sexuelle und sexistische Belästigung im öffentlichen Raum.

Häusliche Gewalt

Für viele Frauen* ist nicht der öffentliche Raum, sondern das eigene Zuhause der gefährlichste Ort. Häusliche Gewalt findet in Form von Drohungen, Übergriffen, sexuellem Missbrauch oder Vergewaltigungen durch Ehemänner oder andere Familienangehörige statt. Frauen* werden aber auch nahezu viermal häufiger Opfer von versuchten und vollendeten Tötungsdelikten als Männer*. Ausserdem enden im häuslichen Umfeld Tötungsdelikte doppelt so oft tödlich wie im ausserhäuslichen Bereich (BFS 2018: 13; 36). Erhöht wird das Risiko, wenn die Frau* in einem klaren Abhängigkeitsverhältnis zum Täter steht. Durch die Corona-Pandemie wurde die Situation noch verschärft, indem weniger Möglichkeiten bestanden, das Haus zu verlassen oder Hilfe zu organisieren und die Menschen zudem unter einem erhöhten psychischen Druck litten.

Die SP Schweiz forderte bereits in ihrem Positionspapier Öffentliche Sicherheit für alle (SP Schweiz 2008), dass der Schutz vor häuslicher Gewalt verbessert wird. Ein spezielles Augenmerk gilt dabei der Situation von Migrantinnen. Sowohl im Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit wie auch im Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie (SP Schweiz 2017) wird gefordert, dass betroffene Frauen* aus Drittstaaten einen partnerunabhängigen Aufenthaltsstatus erhalten. Ausserdem wird eine vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention (gegen Gewalt an Frauen* und häusliche Gewalt) gefordert. Die Rahmenbedingungen müssten zwingend so gestaltet werden, dass alle Frauen* sich gegen Grundrechtsverletzungen wehren können und Zugang zu Hilfe und Beratung erhalten. Um dies zu erreichen, ist eine verstärkte Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung und involvierter Stellen über häusliche Gewalt notwendig.

Zudem muss die Sache beim Namen genannt und Tötungsdelikte, bei denen das Geschlecht eine Rolle spielt, als Femizid und nicht als Beziehungsdelikte bezeichnet werden. Zur besseren statistischen Erfassung von Femiziden wurde im September 2020 das Rechercheprojekt «Stop Femizid» gestartet. Auf der Webseite www.stopfemizid.ch versuchen die Betreiberinnen jeden Femizid in der Schweiz oder an einer Schweizerin mit Ort und Zeit aufzulisten.

Die Stadt Bern stellt auf ihrer Website ausführliche Informationen mit Videos, Merkblättern und Anlaufstellen zur Verfügung, auch in leichter sowie in Gebärdensprache. 2019 wurde eine 16-tägige Kampagne gegen Gewalt an Frauen* durchgeführt.

Forderungen: Die SP Stadt Bern unterstützt sämtliche Bemühungen der Stadt Bern in der Prävention von häuslicher Gewalt. Sie befürwortet und entwirft Massnahmen, die wirksam sind gegen häusliche Gewalt in der Stadt Bern.

Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann

Die Stadt Bern setzt sich konsequent für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen* und Männern* sowie von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, intergeschlechtlichen und weiteren queeren Menschen (LGBTIQ) ein. Dazu betreibt sie die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann, welche Bevölkerung, Wirtschaft und Behörden darin unterstützt, das in Verfassung und Gesetzen verankerte Grundrecht zu verwirklichen – in der Stadt Bern und in der Stadtverwaltung. Die Fachstelle arbeitet breit abgestützt, sie berät sowohl Privatpersonen und Unternehmen als auch politische Gremien wie den Gemeinderat und die Verwaltung selber.

Seit zehn Jahren arbeitet die Stadt Bern mit Aktionsplänen für die Gleichstellung, welche jeweils für vier Jahre verbindliche Ziele und Massnahmen für die städtische Gleichstellungsförderung festlegen. Dabei werden sämtliche Direktionen einbezogen, um der Gleichstellung als Querschnittsaufgabe gerecht zu werden. Die Fachstelle koordiniert die gesamtstädtischen Massnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans.

Forderung: Damit die Fachstelle ihre wertvolle und notwendige Arbeit weiterleisten kann, muss sie mit genügend Ressourcen ausgestattet sein.

2. Fazit und Forderungen

Die SP Stadt Bern setzt sich insgesamt in ihren Einflussbereichen – parteiintern und auf städtischer Ebene – für Gleichstellung ein. Innerhalb der Stadtpartei wird auf paritätische Vertretungen in politischen Mandaten geachtet, auch ist die Wahlstrategie auf dieses Ziel ausgerichtet. Zu diskutieren wäre in diesem Zusammenhang allenfalls der Umgang mit Personen, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen. Ausserdem achtet die Stadtpartei auf eine geschlechtergerechte Sprache und prüft die Parität der Wortmeldungen an Delegiertenversammlungen. Auf städtischer Ebene konnte die SP Stadt Bern

mit verschiedenen Vorstössen Verbesserungen für städtische Angestellte in Sachen Gleichstellung und darüber hinaus erwirken. Zudem stärkt die Arbeit der städtischen Fachstelle für die Gleichstellung die Anliegen der Stadtpartei.

Verbesserungspotenzial besteht insbesondere bei den Themen Vereinbarkeit und Gestaltung des öffentlichen Raums. Bezüglich der Gleichstellung auf allen Parteiebenen gibt es ebenfalls noch Potenzial zur Sensibilisierung und Verbesserung.

2.1 Gleichstellung in der Stadtpartei – Forderungen

Gendergerechte Sprache konsequent anwenden: Beibehaltung Genderwatch-Protokoll, Zusammenzug im Jahresbericht der SP Stadt Bern, geschlechtergerechte Sprache bei der schriftlichen und mündlichen Kommunikation innerhalb der Stadtpartei, Verwendung des Gendersternchens (*) nach Geschlechtsnennungen (Abänderung der Statuten «Gleichstellung aller Geschlechter» anstatt «Gleichstellung von Frauen* und Männern*» sowie Ergänzung der Statuten um LGBTIQ-Gleichstellung)

Paritätische Vertretung von Männern* und Frauen* in allen Organen: Sensibilisierung und Verbesserung der paritätischen Vertretung auf allen politischen Ebenen, Etablierung eines Monitorings der paritätischen Zusammensetzung aller Gremien (Statuten Art. 4)

Wahlstrategien, Aufbau von Kandidat*innen: Fortführen der gemeinsamen paritätischen Liste von Frauen* und Männern* für den Stadtrat. Aufstellung von Personen mit geringeren Wahlchancen für freie Mandate in Vorfeldorganisationen (Pro Velo, VCS, MieterInnenverband etc.)

2.2 Gleichstellung in der Stadt - Forderungen

Errungenschaften der Stadtpartei in Sachen Gleichstellung: Prüfung der Vorstösse vor Einreichung auf Auswirkungen auf die Gleichstellung, Förderung der Gleichstellung in der Stadt Bern mit entsprechenden Vorstössen

Vereinbarkeit: Einsatz für Kindertagesstätten: bezahlbar, genügend Plätze, hohe Betreuungsqualität, gute Arbeitsbedingungen, Ausweitung der Öffnungszeiten an einzelnen Standorten
Einsatz für mehr Tagesschulen: genügend Plätze, hohe Betreuungsqualität, gute Arbeitsbedingungen, bei Schulraumplanung und Renovationen von Schulhäusern konsequent mitzudenken
Vorantreiben wichtiger Themen im Zusammenhang mit Vereinbarkeit (Elternurlaub, Reduktion der Arbeitszeit, Familienergänzungsleistungen, Kindergutschriften und Ferienbetreuung)

Gestaltung öffentlicher Raum: Konsequente Einbringung des Gender-Mainstreamings in die Verwaltung, insbesondere in Bezug auf die Gestaltung des öffentlichen Raums, Unterstützung des Verein Lares bei der Umsetzung von Projekten der Stadt, Einsatz für Massnahmen gegen die sexuelle und sexistische Belästigung im öffentlichen Raum

Häusliche Gewalt: Unterstützung der Stadt Bern in der Prävention von häuslicher Gewalt, Entwurf Massnahmen gegen häusliche Gewalt

Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann: Sicherstellung von genügend Ressourcen für die städtische Fachstelle

3. Quellenangaben

AG Feministische Sprachhandeln der Humboldt-Universität in Berlin (2014 / 2015): *Was tun? Sprachhandeln – aber wie? W_Ortungen statt Tatenlosigkeit!* 2. Auflage. Berlin: AG Feministisch Sprachhandeln.

Lares. URL: <https://www.lares.ch/> [Stand: 23.09.2021]

Nickel, Stefanie (2021): „Die feministische Stadt“ In: *Frankfurter Rundschau*. URL: <https://www.fr.de/zukunft/stories/staedte/kurze-wege-und-gemeinschaft-die-feministische-stadt-90478108.html> [Stand: 23.09.2021]

SP Schweiz (2008) *Öffentliche Sicherheit für alle*. URL: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/081112_positionspapier_oeffentliche-sicherheit_1.pdf [Stand 21.11.2021]

SP Schweiz (2017) *Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie*. URL: https://sp-frauen.ch/wp-content/uploads/sites/119/2018/10/internetvorlage_manifest_def_d_2.pdf [Stand: 20.08.2020]

BFS Bundesamt für Statistik (2018): *Polizeilich registrierte Tötungsdelikte 2009–2016. Innerhalb und ausserhalb des häuslichen Bereichs*. URL: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.4262024.html> [Stand 21.11.2021]

4. Anhang

Gleichstellungsrelevante Vorstösse der letzten sechs Jahre (eingefärbt = Vorstösse der SP/JUSO)

Jahr	#	Vorstossart und Urheber*innen	Titel	Status
2021	2021.SR.000158	Motion SP/JUSO, FDP/JF, GFL/EVP, AL/GaP/PdA, GB/JA! (Valentina Achermann, SP/Florence Schmid, JF/Mirjam Roder, GFL/Jemima Fischer, AL/Yasmin Abdullahi, JGLP/Jelena Filipovic, GB)	»#TextMeWhenYouGetHome« in der Stadt Bern – Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum	eingereicht
2021	2021.SR.000037	Motion Jemima Fischer (AL)	Geschlechtergerechte Strassennamen	eingereicht
2021	2021.SR.000053	Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA, GB/JA! (Mohamed Abdirahim, JUSO/Valentina Achermann, SP/Eva Gammenthaler, AL/Ursina Anderegg, GB)	Hürden für non-binäre Menschen abbauen	eingereicht
2021	2021.SR.000038	Motion SP/JUSO, GLP/JGLP, Mitte, GFL/EVP, GB/JA!, AL/GaP/PdA (Bernadette Häfliger/Barbara Nyffeler, SP/Gabriela Blatter/Marianne Schild, GLP/Vivianne Esseiva/Claudine Esseiva, FDP/Sibyl Eigenmann, CVP/Britte Hilty Haller, GFL/Therese Streit, EVP/Regula Bühlmann, GB/Eva Gammenthaler, AL/Zora Schneider, PdA):	Den Pionierinnen ihren ständigen Platz geben!	eingereicht
2020	2020.SR.000380	Motion Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus/Vivianne Esseiva, FDP)	Paritätische Vertretungen in Verwaltungsgremien und bei Wettbewerben	eingereicht

2020	<u>2020.SR.000341</u>	Motion Fraktion GB/JA! (Sophie Achermann, GB)	Lohntransparenz und Gleichstellung in subventionierten Theaterbetrieben	eingereicht
2020	<u>2020.SR.000032</u>	Motion Tabea Rai (AL), Zora Schneider (PdA)	Geschlechterneutrale WCs und Garderoben in Neubauten und Gesamtsanierungen der Volksschulen	eingereicht
2020	<u>2020.SR.000014</u>	Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill/Katharina Gallizzi, GB)	Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum erhöhen – gendergerechte und diversitätsbewusste Verkehrsschilder auch für Bern	eingereicht
2019	<u>2019.SR.000349</u>	Interpellation Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas, SP)	Mutterschaft darf nicht zu Jobverlust führen	eingereicht
2019	<u>2019.SR.000321</u>	Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP)	Korrektes Lohnsystem	eingereicht
2019	<u>2019.SR.000191</u>	Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrates; Änderungsantrag SP/JUSO (Bernadette Häfliger, Szabolcs Mihalyi)	Respekt vor anders Denkenden ist in der Demokratie ein zentraler Wert	In Bearbeitung
2019	<u>2019.SR.000187</u>	Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Angela Falk/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP)	Notschlafstelle für Frauen*	eingereicht
2019	<u>2019.SR.000188</u>	Postulat Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP)	Gleichberechtigung beider Eheleute im Rahmen der Steuererklärung	eingereicht
2019	<u>2019.SR.000186</u>	Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Laura Binz, SP)	Diversity in der Sparte Musik	eingereicht
2019	<u>2019.SR.000184</u>	Motion Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB)	Frauen in Berns Strassen sichtbar machen	eingereicht
2019	<u>2019.SR.000097</u>	Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Angela Falk/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP)	Unterstützung durch die Stadt Bern bei den 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen	eingereicht
2019	<u>2019.SR.000052</u>	Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL), Patrizia Mordini (SP), Mohamed Abdirahim (JUSO)	Vulva-Tage in Bern – Die Tabuisierung aufheben	eingereicht
2018	<u>2018.SR.000263</u>	Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, AL/GaP/PdA, BDP/CVP, GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, (Patrick Zillig, GLP/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Milena Daphinoff, CVP/Ursina Anderegg, GB/Marcel Wüthrich, GFL/Mohamed Abdirahim, JUSO)	Massnahmen zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen	eingereicht
2018	<u>2018.SR.000266</u>	Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Lisa Witzig, JUSO)	Anerkennung der gesellschaftlich unverzichtbaren Care-Arbeit durch die Stadt Bern als Arbeitgeberin	eingereicht
2018	<u>2018.SR.000250</u>	Motion Lisa Witzig und Mohamed Abdirahim (JUSO)	Gratis Menstruationsartikel in öffentlichen Gebäuden der Stadt Bern	eingereicht
2018	<u>2018.SR.000216</u>	Postulat Tabea Rai (AL)	Unterbringung von LGBT-Geflüchteten (Lesbian, Gay, Bi, Transgender) in separaten Asylunterkünften	Erheblich erklärt
2018	<u>2018.SR.000114</u>	Motion Zora Schneider (PdA)	Lohn und Kostentransparenz in den privatisierten Altersheimen in der Stadt Bern	eingereicht

2018	<u>2018.SR.000013</u>	Postulat Fraktion GLP/JGLP (Matthias Egli, GLP)	Jobsharing und Teilzeitarbeit auch für Kadermitarbeitende, sowie Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ermöglichen	Prüfungsbericht vorliegend
2017	<u>2017.SR.000208</u>	Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO (Regula Bühlmann, GB/Patrizia Mordini, SP)	Wie wird die Charta für Lohngleichheit im öffentlichen Sektor in Bern umgesetzt?	Eingereicht
2017	<u>2017.SR.000168</u>	Motion Tamara Funciello (JUSO), Christa Ammann (AL), Janine Wicki (GFL)	Freier 8. März – Gleichstellung jetzt!	erheblich erklärt als Richtlinie
2017	<u>2017.SR.000149</u>	Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO (Regula Bühlmann/Katharina Gallizzi, GB/Bettina Jans-Troxler, EVP/Yasemin Cevik/Lena Sorg, SP)	Ein Pilotprojekt für eine Elternzeit für städtische Angestellte	Prüfungsbericht vorliegend
2017	<u>2017.SR.000142</u>	Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO (Regula Bühlmann, GB/Nadja Kehrl-Feldmann, SP/Brigitte Hilty Haller, GFL)	Ganztageschulen für Bern – die Zukunft beginnt heute	erheblich erklärt als Richtlinie
2017	<u>2017.SR.000125</u>	Interfraktionelle Motion FDP/JF, GLP/JGLP, BDP/CVP (Claudine Esseiva, FDP/Marianne Schild, GLP/Milena Daphinoff, CVP)	Flächendeckendes Angebot an Tagesschulen oder Ganztageschulen bis 2025	erheblich erklärt als Richtlinie
2017	<u>2017.SR.000111</u>	Interfraktionelle Motion SVP, GLP/JGLP, AL/GPB-DA/PdA, GB/JA!, FDP/JF, BDP/CVP, SP/JUSO (Rudolf Friedli, SVP/Janine Wicki, GFL/Tabea Rai, AL/Leena Schmitter, GB/Patrick Zillig, GLP/Dannie Jost, FDP/Philip Kohli, BDP/Mohamed Abdirahim, JUSO)	Sicherstellung des Beratungsangebots für die LGBTI-Community	erheblich erklärt als Richtlinie
2016	<u>2016.SR.000197</u>	Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, GFL/EVP, GB/JA!, SP, GLP (Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Janine Wicki, GFL/Leena Schmitter, GB/Lena Sorg, SP/Melanie Mettler, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP)	Stadtteile ohne Partnergewalt (StoP). Für ein Pilotprojekt in Bern!	erheblich erklärt als Richtlinie
2016	<u>2016.SR.000188</u>	Kleine Anfrage Gisela Vollmer (SP)	Konzert Theater Bern: Wie ist das mit der Gleichstellung von Mann und Frau?	erledigt